

# Feindsätigkeit gegen Umgestaltung der Landwirtschaft

7. August 1959

Information Nr. 552/59 – Bericht über die Feindsätigkeit gegen die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik

## Quelle

BArch, MfS, ZAIG 185, Bl. 200–223 (2. Expl.).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, Ablage.

### [Faksimile von Blatt 200]

Auf den verschiedenen Gebieten der Landwirtschaft in der DDR wurden in der letzten Zeit eine Reihe feindlicher Erscheinungen bekannt, die mit den vielfältigsten Methoden auf eine Schwächung des sozialistischen Sektors der Landwirtschaft hinzielen und zur Stärkung des kapitalistischen Sektors beitragen sollen.

Diese Tatsache wird u. a. auch durch die Untersuchungen gegen eine Reihe von in der letzten Zeit festgenommenen Personen bestätigt. Zum Beispiel wurden allein in drei Kreisen des Bezirkes Schwerin 67 Personen inhaftiert – u. a. Einzel- und Großbauern und 23 in der VEAB beschäftigte Personen – die eine feindliche Tätigkeit durchführten. Zu diesem Kreis gehören noch weitere 38 Personen, gegen die ohne Inhaftierung ein Ermittlungsverfahren durchgeführt wird. Aber auch durch verschiedene Festnahmen und feindliche Handlungen auf anderen Gebieten der Landwirtschaft, besonders in den VEG, LPG usw., ist zu erkennen, dass sich der Gegner sehr stark auf die Schädigung des sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft konzentriert. Er benutzt dabei in der Hauptsache Personen, die eine feindliche Einstellung zur DDR haben, speziell ehemalige NSDAP-Mitglieder und vor 1945 für die Junker als Verwalter, Inspektoren usw. tätig gewesene Personen sowie Großbauern.

Neben der direkten Auftragserteilung zur Diversion, Brandstiftung, Sabotage, Schädlingstätigkeit, Spionage und Abwerbung aus der Landwirtschaft durch die imperialistischen Geheimdienste und feindlichen Zentralen<sup>1</sup> sowie durch die ehemaligen Gutsbesitzer und Junker selbst wird auch von anderen Organisationen in Westdeutschland eine feindliche, gegen die Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR gerichtete Tätigkeit betrieben. Eine solche Organisation z. B. ist der »Deutscher Bauernverband e.V.«<sup>2</sup> mit Sitz in Bonn, Koblenzer Straße 121, der enge Verbindung zum Lemmer-Ministerium<sup>3</sup> und zum UfJ<sup>4</sup> hat.

Der am 27.1.1959 inhaftierte [Vorname Name 1], ein Großbauer (50 ha) aus Garsebach Kreis Meißen, unterhielt z. B. seit Frühjahr 1956 bis zu seiner Festnahme Verbindung zu leitenden Mitarbeitern der Westberliner Filiale des »Deutschen Bauernverbandes«, Dr. Friedheim<sup>5</sup> und [Name 2], denen er in zahlreichen Zusammenkünften in der Dienststelle in Berlin-Steglitz, Altmanstraße 12, Spionagenachrichten über die Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR übermittelte und von denen er den Auftrag erhielt, weitere Großbauern mit der Westberliner Filiale in Verbindung zu bringen. Zu diesem Zweck lieferte [Name 1] Adressen von Großbauern aus der DDR und führte einen derselben persönlich dieser Dienststelle zu. [Name 1] erhielt von [Name 2] zur Aufrechterhaltung der Verbindung Deckadressen und getarnte Texte. Für seine Agententätigkeit erhielt [Name 1] für ca. 1 000 DM<sup>6</sup> Zuwendungen in Form von Saatgut und Ersatzteilen für Landmaschinen, die ihm von »Vertrauensleuten« des Bauernverbandes – vorwiegend Großbauern aus der DDR – übermittelt wurden. (Bezeichnend ist, dass die finanziellen Mittel des »Bauernverbandes« im Wesentlichen nur für Großbauern aus der DDR verwandt werden dürfen.) Außerdem verstieß [Name 1] fortgesetzt gegen die Wirtschaftsstrafverordnung. Unter anderem deponierte er auch Wertpapiere in Höhe von 15 000 DM in einer Westberliner Bank.

Als eine der Hauptmethoden wird von allen feindlichen Einrichtungen eine massive Hetze und Verleumdung großen Ausmaßes gegen die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR geführt. Diese soll die feindlichen und schwankenden Elemente zur direkten Feindsätigkeit ermuntern bzw. die Einzel- und Mittelbauern vom Eintritt in die LPG abbringen und Austritte aus der LPG, Unzufriedenheit und negative Diskussionen provozieren. Zum Beispiel gibt der UfJ regelmäßig spezielle Hetzschriften über die Landwirtschaft heraus (»Der Bauernbrief«<sup>7</sup> und »Das freie Land«) und beschäftigt sich auch in den sogenannten »Bezirkszeitungen des UfJ« mit Fragen der Landwirtschaft in der DDR,<sup>8</sup> wo er schlechte Beispiele verallgemeinert, über das neue LPG-Recht, das die rechtliche Lage der LPG-Mitglieder angeblich wesentlich verschlechtert, u. a. Fragen hetzt.

So wurde im Monat April 1959 vom UfJ eine Hetzschrift »Bauern Euer Recht« herausgegeben, die sich speziell mit dem LPG-Recht befasst und in demagogischer Form 18 Forderungen stellt, u. a.

- Freiwilligkeit
- Garantie für einen Mindestsatz je Arbeitseinheit
- Recht auf bezahlten Urlaub
- Keine Einschränkung der individuellen Landwirtschaft
- Gerechte Inventar-Abschätzung
- Rückgabe des Eigentums beim Austritt
- Erbrecht darf nicht eingeschränkt werden
- Rechte der Mitglieder müssen festgelegt werden
- Aufhebung des Zwangstausches vom Land der Einzelbauern

Eine ähnliche ständige ideologische Beeinflussung und Aufweichung wird auch in den westlichen Rundfunk- und Fernsehprogrammen betrieben, die in den landwirtschaftlichen Gebieten besonders stark – beim Fernsehen oft in organisierter Form – verfolgt werden.

Die Feindseligkeit in der Landwirtschaft äußert sich im Wesentlichen in folgenden Erscheinungsformen und Methoden und ist mehr oder weniger stark in allen Bezirken zu verzeichnen; als besondere Schwerpunkte müssen jedoch die Bezirke Neubrandenburg, Schwerin, Rostock, Erfurt, Suhl und Magdeburg angesehen werden.

Der feindliche Einfluss im Sektor *Volkseigene Güter* äußert sich offensichtlich besonders in der Herbeiführung und Duldung von Desorganisation und Missständen, was zu erheblichen Verlustsummen führt. Allein im Jahre 1958 ist nach uns vorliegenden Angaben bei den bezirksgeleiteten VEG ein außerplanmäßiger Verlust von ca. 29 Mio. DM entstanden (bei einer gesamtstaatlichen Stützung von ca. 144 Mio. DM).

Wie die bisherigen Untersuchungen zeigen, wird ein Großteil der VEG, die mit hohen Verlusten arbeiten, noch nach alten kapitalistischen Methoden geleitet, wobei als Direktoren vorwiegend ehemalige Gutsverwalter oder Inspektoren tätig sind, die noch über enge Verbindungen zu Junkerkreisen in Westdeutschland verfügen und von diesen dementsprechend beeinflusst werden bzw. Anweisungen erhalten. Zum Beispiel unterhält der Direktor der VEG Pritzler, [Bezirk] Schwerin, Zimmermann,<sup>9</sup> Verbindung zu Junkern in Westdeutschland, unter anderen auch zu dem ehemaligen Direktor des VEG Oberhof,<sup>10</sup> [Name 3], der 1953 republikflüchtig wurde und heute als Inspektor tätig ist. [Name 3] war Agent des amerikanischen Geheimdienstes CIA.

Vom VEG Katzberg, [Bezirk] Suhl, bestehen enge Verbindungen zu den ehemaligen Besitzern in Westdeutschland, die die Gemeinde Katzberg 1958 auch besuchten. Der Betrieb schloss 1958 mit einem Verlust von 107 000 DM ab.

Bei einer Reihe von Direktoren, vor allem bei ehemaligen Mitgliedern der Nazipartei und Offizieren der faschistischen Wehrmacht, wurden Bestrebungen bekannt, ehemalige faschistische und militaristische Elemente um sich zu konzentrieren und sie in entsprechende leitende Funktionen einzusetzen. Der Direktor des VEG Straußfurt, [Bezirk] Erfurt, Weitzel,<sup>11</sup> vor 1945 als Verwalter und Inspektor auf den Gütern des Grafen von Brühl<sup>12</sup> tätig, war Mitglied der NSDAP und Leutnant der faschistischen Wehrmacht. Im VEB ist seit der Leitung durch Weitzel im Verwaltungsapparat eine Konzentration ehemaliger NSDAP-Mitglieder festzustellen. Der Betrieb schloss das vergangene Jahr mit 296 400 DM Verlust ab.

Bei der überwiegenden Anzahl dieser Direktoren zeigen sich Erscheinungen, als Alleinherrscher aufzutreten, die berechnete Kritik und Mitarbeit der Landarbeiter abzuwürgen und auch die Parteiorganisationen und Gewerkschaftsleitungen weitgehend auszuschalten. Typisch sind dafür die Äußerungen des Direktors des VEG Göltenitz, [Bezirk] Rostock: »Im Betrieb bestimme ich, und der Parteisekretär ist für die Regulierung des Wetters verantwortlich.« Einem Landarbeiter, der einen Verbesserungsvorschlag einreichte, antwortete er: »Sie haben einen großen Fehler und das ist der, dass Sie zu schlau sind.« Dieses VEG hatte 1958 einen außerplanmäßigen Verlust von 256 000 DM.

Weiterhin gibt es aber auch Beispiele, wonach ein Teil dieser Direktoren offen gegen die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft Stellung nimmt und andererseits die faschistische Entwicklung verherrlicht.

Bezeichnend dafür sind die Äußerungen des Direktors des VEG Langen, [Bezirk] Potsdam: »Sollte die sozialistische Umgestaltung weiter fortschreiten, gibt es einen Zusammenbruch in der Versorgung unserer Bevölkerung.« Ferner vertrat er die Meinung: »Hitler ist kein schlechter Mann gewesen und wer weiß, ob Deutschland am Kriege die Schuld trage.« Auch dieser Direktor war ehemaliger Gutsinspektor und beharrt auf rückständige Arbeitsmethoden.

In den meisten Verlustbetrieben ist erkenntlich, dass die Direktoren der Entwicklung ihres VEG gleichgültig gegenüberstehen und keinen oder nur völlig ungenügenden Einfluss auf den Produktionsablauf und die Planerfüllung nehmen, sondern im Gegenteil versuchen, ihre alten rückständigen Arbeitsmethoden zu verteidigen und den Einsatz der modernen Technik abzulehnen. Charakteristisch ist die Äußerung des Direktors des VEG Parchim, [Bezirk] Schwerin, »Handarbeit bleibt Handarbeit«.

Durch das herrische Auftreten der Direktoren besteht auch in der Mehrzahl dieser Betriebe ein ungesundes Verhältnis zwischen der Leitung und den dort Beschäftigten, wodurch fast sämtliche Auseinandersetzungen über vorhandene Fehler und Missstände verhindert werden. In diesen Betrieben werden aber nicht nur die sozialistischen Wirtschaftsprinzipien nicht beachtet, sondern es fehlt häufig selbst an der Einhaltung der notwendigsten Grundsätze zur Leitung und Bewirtschaftung eines Betriebes überhaupt.

Obwohl in den häufigsten Fällen bei diesen Betrieben zunächst Desorganisation und Missstände objektiv in Erscheinung treten, ist jedoch der feindliche Einfluss offensichtlich, was auch durch die nachfolgenden Beispiele ersichtlich ist:

Im VEG Schöndorf, [Bezirk] Erfurt,<sup>13</sup> entstand durch die Schädlingstätigkeit des Direktors [Name 4] auf dem Gebiet der Saatzucht ein Schaden von 1,5 Mio. DM. [Name 4] versuchte die Rentabilität durch Manipulationen zu erreichen. Er veränderte die beim Jahresschluss aufgenommenen Bestände und meldete im Kontrollbericht an das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft wertmäßig niedriger, um für das folgende Jahr geringere Planziffern zu erhalten, er unterhielt »schwarze Flächen«, von denen die vorgesetzten Dienststellen keine Kenntnis hatten und verkaufte nichtanerkanntes Saatgut als hochwertige Ware mit der Bezeichnung »Hochzucht« oder »Elite«. [Name 4], der ehemals als Inspektor beim Kronprinzen Ferdinand Louis<sup>14</sup> beschäftigt war, versuchte durch Gerüchte Bauern von der Gründung einer LPG abzubringen und andere im VEG Beschäftigte für seine Schädlingstätigkeit zu gewinnen.

Direktor [Name 5] vom VEG Nadrensee, [Bezirk] Neubrandenburg, unterhielt enge Verbindung zu Großbauern, überließ den Betrieb dem Selbstlauf und leitete falsche Maßnahmen ein. Er verkaufte ungesetzlich Getreide an Privatpersonen und verbrauchte den Erlös für private Zwecke. Durch diese Schädlingstätigkeit entstand dem VEG ein Schaden von 400 000 DM.

Im VEG Kemnitz, [Bezirk] Cottbus, wurden allein 1958 insgesamt 16 Brände, sechs Diversionsakte und 16 Viehverendungen (2 100 Tiere) festgestellt.

Im VEG Ludwigshof wurde ein Traktorist festgenommen, der Asche in die Ölwanne eines Traktors gestreut hatte.

Besonders zu erwähnen ist die Feindtätigkeit auf dem Gebiet der Tierzucht in den VEG. Wenn auch nicht in allen Fällen von einer direkten Feindtätigkeit gesprochen werden kann, so ist jedoch bei einer Vielzahl der bekannt gewordenen Beispiele aufgrund der Umstände der feindliche Einfluss offensichtlich, ohne jedoch dabei immer die Verantwortlichen feststellen zu können. Im VEG Willerswalde, [Bezirk] Rostock, verendeten 1958 aufgrund schlechter Fütterung und ungeeigneter Ställe 79 Mastschweine, 127 Läuferschweine, 134 Ferkel und acht Rinder. Durch schlechte Fütterung und Kälteeinwirkung trat im vergangenen Jahr im VEG Oberhinrichshagen, [Bezirk] Rostock, ein Verlust von 400 Ferkeln und Läufern ein. Im VEG Leuthen, [Bezirk] Cottbus, verendeten wegen schlechter Unterkunft innerhalb drei Wochen 70 Ferkel. Im VEG Roitz, [Bezirk] Cottbus, trat aus diesen Ursachen ein Verlust von 80 Ferkeln auf. Durch mangelhafte Pflege und falsche Fütterung verendeten im VEG Kemnitz, [Bezirk] Cottbus, 1 250 Stück Geflügel.

Obwohl sich nicht unmittelbar größere Auswirkungen auf die Planerfüllung zeigten, wurden uns jedoch Hinweise bekannt, wodurch die Erfüllung und Übererfüllung in der Ablieferung tierischer Produkte bei einer größeren Anzahl von Betrieben auf Kosten der vorhandenen Tierbestände, also der Bestandserhaltung, gegangen ist.

In den *Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften* treten in der letzten Zeit eine Reihe von Erscheinungen der Schädlingstätigkeit und Wirtschaftsvergehen auf, die u. a. dazu führten, dass allein in der Zeit vom 1.1.–10.6.1959 16 LPG-Vorsitzende wegen derartiger Delikte festgenommen wurden. Der feindliche Einfluss zeigte sich dabei besonders deutlich in der Desorganisation der Arbeit, der Auflösung von LPG und dem Austritt einzelner Mitglieder und in Maßnahmen zur Verhinderung der Bildung neuer Produktionsgenossenschaften. In stärkerem Umfange äußern sich in diesem Zusammenhang Bestrebungen der Groß- und Mittelbauern, in die LPG einzudringen, sie von innen heraus zu zersetzen und dadurch ihre Auflösung herbeizuführen. Dabei gehen sie teilweise so vor, dass sie selbst den LPG beitreten und dort leitende Funktionen zu übernehmen versuchen oder andererseits durch geworbene Elemente ihren schädlichen Einfluss geltend zu machen trachten. Zum Beispiel kam es in Großmonra, [Bezirk] Erfurt, im Herbst 1958 auf Initiative von Groß- und starken Mittelbauern zur Gründung einer LPG Typ I,<sup>15</sup> der sofort 80 % der landwirtschaftlichen Betriebe der Gemeinde beitraten. Der wirtschaftlich starke Mittelbauer [Name 6], späterer Vorsitzender der LPG, äußerte vor der Gründung der LPG: »Jetzt wird es Zeit, damit wir den Anschluss nicht verpassen, um ein Wort mitreden zu können.« Die leitenden Funktionen dieser LPG übernahmen fast ausschließlich Groß- und Mittelbauern, die kurze Zeit vorher noch entschiedene Gegner der LPG waren. (Ein Teil davon waren ehemalige Mitglieder der Nazipartei und Offiziere der faschistischen Wehrmacht). Die Tätigkeit der Leitung der LPG führte zu solchen Verhältnissen, dass am 1.4.1959 19 Betriebe mit 41 Mitgliedern ihren Austritt erklärten, darunter sogar der Parteisekretär.

Ähnliche Auflösungserscheinungen, die offensichtlich auf den organisierten Austritt von LPG-Mitgliedern zurückzuführen sind, treten auch in anderen Kreisen und Bezirken auf. Im Kreis Köthen, [Bezirk] Halle, wurden Ende 1958 eine größere Anzahl Groß- und Mittelbauern Mitglieder der LPG. Jetzt erklären sie in großem Umfange ihren Austritt, wobei sie als Begründung anführen, dass es ihnen als Einzelbauern besser gegangen wäre.

In Zepkow, [Bezirk] Neubrandenburg, schufen sich einige Großbauern – ehemalige NSDAP-Mitglieder – vor ihrer Republikflucht Stützpunkte, mit deren Hilfe sie von Westberlin aus ihre Feindtätigkeit weiterführten. Durch zurückgelassene Verwandte organisierten sie die Verbindung und gaben Anweisung, in welcher Form auf ihren zurückgelassenen Wirtschaften gearbeitet werden soll. Nach der Bildung einer LPG ließen sie die ihnen hörigen Landarbeiter [Name 7] und [Name 8] zum 1. und 2. Vorsitzenden der LPG vorschlagen. Diese führten nach ihrer Lancierung in die genannten Funktionen sämtliche Aufträge durch. Sie verhinderten jede bauliche Veränderung in den Gehöften der Großbauern und ließen keine Zusammenlegung der Viehbestände und der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte zu, sie verdrängten fortschrittliche Kräfte aus der LPG, hintertrieben die Aufnahme neuer Mitglieder und desorganisierten den gesamten Arbeitsablauf, sodass Getreide, Hackfrüchte und Heu auf den Feldern verfaulten. Des Weiteren verkauften sie Jungrinder an Einzelbauern und verhinderten die weitere Viehaufzucht in der LPG, sie veräußerten landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, die von den republikflüchtigen Großbauern in das Eigentum der LPG übergegangen waren, an Einzelbauern und verausgabten den Erlös für ihre individuellen Hauswirtschaften.

Die Feindtätigkeit gegen die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft äußert sich aber auch in Gewalttätigkeiten und Drohungen gegen LPG-Mitglieder und Funktionäre, in einer umfassenden Hetze und Verleumdung, in dem organisierten Empfang von Hetzsendungen des westdeutschen Fernsehfunks und auch vereinzelt in Abwerbungen von LPG-Mitgliedern.

So haben in Badra, [Bezirk] Erfurt, mehrere Einzel- und Mittelbauern, ehemalige aktive Faschisten, fortschrittliche Bürger terrorisiert, indem sie ihnen mit Erhängen und Erschlagen drohten. Sie hetzten gegen die sozialistische Landwirtschaft, diskriminierten die LPG und forderten andere Bauern auf, nicht in die LPG einzutreten.

Im Bezirk Rostock überfielen drei Personen den FDJ-Sekretär einer LPG und bedrohten auch ebenfalls den Parteisekretär der LPG mit Gewalttätigkeiten.

Im Bezirk Halle versuchten zwei Personen einen LPG-Vorsitzenden niederzuschlagen und in einen Bach zu werfen.

Der inhaftierte Landwirt [Name 9, Vorname] aus Thörey, [Kreis] Arnstadt, [Bezirk] Erfurt, hetzte ständig gegen die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft und hielt Bauern vom Eintritt in die LPG ab. Einem Bauern, der bereit war der LPG beizutreten, drohte er »wenn die DDR aufgehört habe zu existieren, wäre er als einer der ersten mit dran«. Bereits während des Putschversuches in Ungarn<sup>16</sup> richtete er seine Morddrohungen in verstärktem Maße gegen Bürger, die sich für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft einsetzten.

Die Bauern [Name 10] und [Name 11] aus Mihla, [Bezirk] Erfurt, versuchten ebenfalls durch Morddrohungen, Bauern von ihrem Entschluss, der LPG beizutreten, abzubringen.

Die Einzelbäuerin [Name 12] aus Grüna, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, richtete an mehrere Bauern, die sich zur Gründung einer LPG bereit erklärt hatten, Drohbriefe, in denen sie diese als Verräter bezeichnete, »denen die deutsche Bauernehre abgesprochen wird«. Des Weiteren drohte sie den Bauern Repressalien an.

Der Einfluss der Feindzentralen zeigt sich in der letzten Zeit auch verstärkt im Empfang westlicher Fernsehsendungen. In der LPG Großmonra, [Bezirk] Erfurt, wurden durch den Parteisekretär, den LPG-Vorsitzenden und andere LPG-Mitglieder gemeinsam Sendungen des Westfernsehens empfangen. Der Vorsitzende der LPG Wechmar, [Bezirk] Erfurt, propagierte ebenfalls Westfernsehsendungen, wobei er Genossenschaftsbauern die Teilnahme am Empfang solcher Sendungen ermöglichte.

Bei dem wegen Schädlingstätigkeit festgenommenen Vorsitzenden der LPG »Morgenroth« in Pützlingen, [Bezirk] Erfurt, wurden Hetzflugblätter des Ostbüros der SPD »Die Bauern in Not« gefunden. Die Auswirkungen des feindlichen Einflusses zeigten sich in der Schädlingstätigkeit des [Name 13]. Er ließ u. a. Umbuchungen von MTS<sup>17</sup>-Kosten auf das folgende Jahr vornehmen und stellte in der Jahresendabrechnung unberechtigt finanzielle Forderungen für das folgende Jahr, verkaufte Getreide, wodurch die Futtergrundlage der LPG nicht mehr gesichert war und veräußerte ferner einen Traktor an einen Mittelbauern.

In der LPG Papendorf, [Bezirk] Neubrandenburg, <sup>18</sup> in deren Vorstand mehrere ehemalige Großbauern sind, war 1958 ein Wert pro Arbeitseinheit von 3,42 DM geplant. Erreicht wurden aber nur 0,31 DM. In dieser LPG sind 1958 über 230 Ferkel, 60 Läufer Schweine, fünf Mastschweine, 20 Kälber, acht Rinder, 34 Schafe, 338 Hühner und ca. 2 000 Kücken verendet. Des Weiteren sind Heu und Faserlein auf den Feldern verfault.

Der Vorsitzende der LPG »8. Mai« in Sülte, [Bezirk] Schwerin, (ehemaliger Großbauer und aktiver faschistischer Offizier), desorganisierte den Arbeitsablauf, ließ Vermehrungssaatgut und andere Produkte auf den Feldern umkommen, begünstigte durch mangelhafte Futterbereitstellung die Viehsterblichkeit und gab alle der LPG für Stallbauten zur Verfügung stehenden Mittel zum Ausbau der Gehöfte der der LPG angehörenden ehemaligen Großbauern aus.

Der im Februar 1959 festgenommene ehemalige Vorsitzende der LPG »Mitschurin« in Falkenhagen, [Bezirk] Neubrandenburg, (Sohn eines Großbauern, ehemaliges Mitglied der Nazipartei und 1942 bis 1945 sogenannter Sonderführer auf dem Gebiet der Landwirtschaft in Polen), hemmte die Entwicklung der LPG, lehnte den Einsatz von Großmaschinen ab, ließ größere Nutzflächen nicht bearbeiten bzw. nicht abernten und hemmte durch ungenügende Futtermittelbereitstellung die Viehaufzucht der LPG. Durch diese Schädlingstätigkeit entstand der LPG jährlich ein Schaden von ca. 100 000 DM.

Der im Mai 1959 inhaftierte Vorsitzende der LPG »Ernst Thälmann« in Ahrenshagen, [Bezirk] Rostock, schloss mit dem VEAB Ahrenshagen<sup>19</sup> Mastverträge über die Aufzucht von 126 Jungrindern ab, ohne überhaupt über die notwendigen Tiere zu verfügen. Durch diese Manipulationen entzog er dem Staatsfonds 567 dz Getreide, 20 160 kg Vollmilch und 37 800 kg Magermilch.

Neben diesen angeführten Methoden der Feindtätigkeit und feindlichen Einflussnahme gibt es Hinweise über Bestrebungen, vorwiegend junge Kräfte aus den LPG abzuwerben und den westlichen Söldnerformationen zuzuführen. So forderte z. B. der Traktorist [Name 14] vier Lehrlinge einer LPG im Bezirk Schwerin auf, die DDR zu verlassen, wobei er sie dadurch zu gewinnen suchte, dass er ihnen bei englischen bzw. amerikanischen Militäreinheiten sofort Anstellung und monatlich 280 DM bei freier Unterkunft und Verpflegung versprach. Ein LPG-Bauer aus Schwerin forderte ein anderes LPG-Mitglied auf, die DDR zu verlassen und sich bei der westdeutschen Marine zu bewerben.

Die Feindsätigkeit in der VEAB, den BHGen und anderen ähnliden Einrichtungen äußert sich in der Hauptsache in einer Schädlingstätigkeit durch betrügerisches Geschäftsgebaren (bewusst falsche Buchungen, Manipulationen u. a.), das ausschließlich zum Schaden des sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft und des Staates angewandt wird, den kapitalistischen Kräften auf dem Lande unberechtigte Vorteile verschafft und zur persönlichen Bereicherung ausgenutzt wird. Zum Beispiel wurden von mehreren Mitarbeitern der VEAB Anklam, [Bezirk] Neubrandenburg, bei dem von VEG und LPG abgelieferten Getreide und anderen Produkten willkürlich über der tatsächlichen Feuchtigkeit und Verschmutzung liegende Feuchtigkeitsgrade und Schmutzabzug angerechnet. Die dadurch geschaffenen Überbestände wurden an Mühlenbesitzer, Großbauern und wirtschaftlich starke Mittelbauern verschoben bzw. für diese gutgeschrieben, wobei die VEAB-Mitarbeiter ihre Befugnis, Solllieferungsbescheinigungen auszustellen, missbrauchten und den betreffenden Groß- und Mittelbauern solche Bescheinigungen zur Tarnung übergaben, ohne dass von diesen Getreide geliefert wurde. Als weitere Methode ihrer Feindsätigkeit rechneten sie den Bauern größere Mengen Getreide an, als abgeliefert wurden. Für die Verbuchung dieser Fehlmenge verlangten sie pro Zentner 6,00 DM Bestechungsgelder.

Allein durch diese Schädlingstätigkeit wurden einerseits dem Staat seit 1954 ca. 6 000 Ztr. Getreide entzogen, während die Bauern andererseits mit dem auf diese Weise zurückbehaltenen Getreide u. a. weitere Schiebergeschäfte tätigten und ihre Wirtschaften stärkten. Zum Beispiel konnte ein zu diesem feindlichen Kreis gehörender Mittelbauer durch die Verfütterung dieses Getreides allein in einem Jahr zehn Schweine für den freien Aufkauf mästen. Zu einem großen Teil wurden von den Großbauern damit auch sollrückständige Mittel- und Einzelbauern unterstützt und abhängig gemacht.

Die gleichen feindlichen Methoden wandten auch verschiedene Angestellte der VEAB in Parchim, [Bezirk] Schwerin, an. Sie gingen dabei noch weiter und rechneten im Gegensatz zu den erhöhten Feuchtigkeits- und Schmutzgraden bei sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben erniedrigte dann an, wenn sie das Getreide an andere volkseigene Erfassungs- und Aufkaufstellen und Müllereigenossenschaften lieferten, um die so erhaltenen Übermengen ebenfalls an Groß- und Mittelbauern zu verschieben. Insgesamt wurden von dieser 17 Personen starken feindlichen Gruppe in den VEAB-Niederlassungen Parchim, Lübs, Hagenow, Plau und Ganzlin ca. 27 000 Zentner Getreide, 500 Zentner Raps, 300 Zentner Fleisch sowie Kartoffeln, Heu u. a. Futtermittel der Volkswirtschaft der DDR entzogen und persönliche Bereicherungen bis zu Summen von über 40 000 DM je Person vorgenommen.

Neben den großen materiellen und finanziellen Verlusten wurden durch diese Manipulationen und Betrugsmanöver die Groß- und Mittelbauern und besonders auch die Mühlenbesitzer und Bäcker zur Durchführung weiterer raffinierter Methoden zur Schädigung der Volkswirtschaft angeregt. Eine Reihe selbstständiger Mühlenbesitzer und Bäckermeister aus Lübs und Parchim, [Schwerin] täuschten eine Marktbewegung vor, während sie das Getreide an Großbauern verschoben. Dadurch entstand ein Schaden von mehreren 100 000 DM. So ließ z. B. der Mühlenbesitzer [Name 15] 100 Zentner von der VEAB erhaltenes Getreide im Werte von 1 200 DM nicht vermahlen, sondern verschob dieses zum Aufkaufspreis von 30,00 DM pro Zentner an Großbauern. Von den dadurch erhaltenen 3 000 DM und den Gewinn aus eingesparten Mahlkosten überwies er an einen Bäckermeister 2 500 DM und stellte diesem 100 Zentner angeblich geliefertes Mehl mit DM 1 500 in Rechnung. Der Bäcker beglich die Rechnung von dem erhaltenen Geld über die Müllereigenossenschaft an [Name 15]. Durch diese Methode konnten sich allein bei 100 Zentnern Getreide der Müller um 700 DM, der Bäcker um 1 000 DM sowie die Großbauern bereichern, die das Getreide verfütterten und Vieh im freien Aufkauf ablieferten, während die Bäckermeister zum Ausgleich der nicht verbackenen Mehlmengen Brote mit 30 bis 50 Gramm Untergewicht herstellten. Außerdem wurden von den Mühlenbesitzern an Großbauern vorzeitig Annahmekquittungen über angeblich geliefertes Getreide ausgegeben, wodurch diese ungerechtfertigt Frühdruschprämien bezogen.

Die bisher genannten und ähnliden Formen der Feindsätigkeit treten aber auch in noch einigen anderen Einrichtungen der Landwirtschaft auf. Zum Beispiel hat der ehemalige Leiter der BHG Pöllwitz, Kreis Zeulenroda fortgesetzt großbäuerliche Elemente und wirtschaftsstarke Mittelbauern durch den unrechtmäßigen Verkauf von Düngemitteln, Nutzholz und Saatgetreide unterstützt. 1 100 Zentner in seinem Betrieb nicht absetzbare landwirtschaftliche Düngemittel hat er entgegen den Anweisungen des Rates des Bezirkes an kapitalistische Elemente außerhalb seines BHG-Bereiches verkauft. Ebenso verkaufte er eine für den genossenschaftlichen Sektor bestimmt gewesene Melkanlage sowie einen Gummiwagen an Groß- und Mittelbauern und räumte diesen außerdem einen ungesetzlichen Kredit ein.

Der Saatbauberater der Deutschen Saatzeit-Gesellschaft (DSG) in Waren hat die Verträge über die Vermehrung von Saat- und Pflanzengut nicht, wie gesetzlich festgelegt, mit dem sozialistischen Sektor, sondern mit Groß- und Mittelbauern abgeschlossen, wodurch diese zum Nachteil der LPG hohe finanzielle und ökonomische Vorteile erzielten. Außerdem beeinflusste er mehrere Bauern, nicht der LPG beizutreten, weil es in der DDR »wieder anders kommen würde«.

Der Leiter des volkseigenen Kontors für Zucht- und Nutzvieh in Anklam ließ sich von Groß- und Mittelbauern bestechen und deckte mit dem über das Soll hinaus gelieferten Fleisch die Sollrückstände anderer Bauern, die das Fleisch direkt bei ihm kaufen konnten.

Aber auch auf dem Gebiete der Tierzucht selbst wird durch Sabotage und Schädlingstätigkeit großer Schaden verursacht, der sich ebenfalls wieder in erster Linie gegen die LPG und VEG richtet. Die verschiedenartigen Methoden gehen aus folgenden Beispielen hervor:

Der Leiter des VEB Handelskontor für Zucht- und Nutzvieh in Teterow, Claassen,<sup>20</sup> stellvertretender Ortsgruppenvorsitzender der CDU, unterhielt enge Beziehungen zu Großbauern und stützte sich bei seinen Verbrechen u. a. auf ehemalige NSDAP-Mitglieder, die ihm als Viehaufkäufer unterstanden. Von diesen ließ er krankes und minderwertiges Vieh verschiedener Groß- und Mittelbauern aufkaufen, welches er danach an LPG und VEG auslieferte, wo es meistens einige Tage später verendete. In Fällen, wo sich LPG und VEG weigern wollten, derartiges Vieh abzunehmen, erklärte C.: »Wer kein schlechtes nimmt, bekommt auch kein gutes.«

Der Leiter des VEB Bezirkskontors für Zucht- und Nutzvieh Neubrandenburg, [Name 16], berücksichtigte bewusst die Produktion und Perspektivpläne der LPG nicht und stellt unrealistische Viehhaltungspläne auf, die niedriger als im Vorjahr lagen. Dadurch wurde der Bedarf an Zucht- und Nutzvieh der LPG und VEG nicht gedeckt. Unter anderem wollte [Name 16] dadurch schon von vornherein die Prämien für sich und seine Mitarbeiter sichern.

Durch den Leiter und die Angestellten des VEB Zucht- und Nutzvieh Anklam wurde besonders der Kälberaufzuchtplan gefährdet. So wurden zwar mit Groß- und Mittelbauern Verträge über die Kälberaufzucht abgeschlossen und auch die entsprechenden staatlichen Vergünstigungen dafür gewährt, aber die Kälber nach Ablauf des Vertrages bei den Groß- und Mittelbauern belassen, statt sie dem sozialistischen Sektor zuzuführen. Auch hier wurde durch eine buchmäßige Registrierung eine Handelstätigkeit vorgetäuscht. Auf der anderen Seite wurden solche Verträge mit Bauern abgeschlossen, bei denen gar keine Voraussetzungen zur Aufzucht von Jungrindern vorhanden waren. Fleischkontingente, welche vom Staat zur Verfügung gestellt werden, um von den Mittel- und Großbauern Zuchtrinder zu erhalten und die Viehbestände in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Volkseigenen Gütern aufzufüllen, wurden an die Groß- und Mittelbauern sowie an LPG-Mitglieder für die individuelle Hauswirtschaft verschachert, ohne dafür wirklich Zuchtvieh zu erfassen.

Für die Forschungsanstalt für Tierseuchen Riems<sup>21</sup> wurden zur Serumgewinnung Jungrinder aufgekauft, die nicht der Schlachtklasse C entsprachen, sondern für Aufzucht und Nutzung geeignet waren und die somit der Volkswirtschaft entzogen wurden. Tbc-befallene Tiere wurden in Sanierungsgebiete geliefert, wodurch Tbc-freie Bestände verseucht wurden. So erhielt allein die LPG Steinmocker zwanzig Tbc-befallene Tiere. An den Staatlichen Tierzuchtbetrieb Anklam wurden 20 Tbc-befallene Magerrinder geliefert, obwohl der Betrieb nur hochwertige Zuchttiere verwenden kann. Unter dem Deckmantel eines Handels mit Magervieh wurde Zucht- und Nutzvieh aufgekauft, welches nicht tierärztlich untersucht war und für das auch kein anderer Beweis der Zucht- und Nutzungstauglichkeit erbracht wurde. Ein schädlicher Einfluss auf die einzelnen Gebiete der Landwirtschaft geht in verschiedenen Fällen auch von *Angestellten des Staatsapparates* aus, meist auf Kreisebene, aber auch in den Bezirken bis hinauf ins Ministerium für Land- und Forstwirtschaft. Oft ist dabei das nicht richtige Verstehen der Landwirtschaftspolitik und eine dementsprechende unqualifizierte Arbeit die Ursache, doch handelt es sich dabei auch um die bewusste Tätigkeit feindlicher Elemente.

Der ehemalige Referatsleiter für Bodenrecht und Bodenordnung im Bezirk Neubrandenburg organisierte die Übergabe landwirtschaftlicher Nutzflächen von Großbauern an LPG ohne den entsprechenden Viehbesatz. Er ließ es zu, dass das Vieh zuvor von den Großbauern verkauft wurde oder im Besitz des Bauern verblieb. Einem anderen Großbauern erteilte er unberechtigt die Genehmigung zum Kauf eines Traktors von einer LPG und setzte außerdem ungerechtfertigt die Sollablieferungen herab.

Der ehemalige Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises Ilmenau und Aufgabenbereichsleiter für die Abteilung Landwirtschaft, Krapohl<sup>22</sup> hat seit 1952 vorsätzlich die im Kreis Ilmenau vorhandenen Bestrebungen unterstützt, bäuerliche Betriebe durch Landabgabe von der Ablieferungspflicht zu entbinden, um den sozialistischen Sektor der Landwirtschaft zu schwächen. Unter Ausnutzung einer beim Rat des Kreises Ilmenau bestehenden sogenannten Grundstücksverkehrskommission erteilte er schriftliche Anweisungen, die die Einzelbauern zur Landabgabe aufforderten. Um diesen ständigen Rückgang ablieferungspflichtiger landwirtschaftlicher Nutzfläche zu verschleiern, veranlasste er die Überschreibung dieser Flächen auf ÖLB-Flächen, obwohl im Kreis Ilmenau keine Örtlichen Landwirtschaftlichen Betriebe<sup>23</sup> bestehen und damit die Bewirtschaftung dieser Flächen durch die ÖLB nicht möglich war. Diese wurden vielmehr zum Teil von Einzelbauern unberechtigt bewirtschaftet und damit deren spekulative Bestrebungen weitgehend gefördert. Um seine feindliche Tätigkeit zu tarnen, desinformierte Krapohl den Rat des Kreises Ilmenau.

Der als Bürgermeister in der Gemeinde Pokrent tätig gewesene [Name 17, Vorname] unterhielt Verbindung zu großbäuerlichen Kreisen und lehnte jede Hilfe der Parteileitung ab. Durch seinen Einfluss als Bürgermeister verhinderte er die Bildung von LPG und lehnte es auch ab, den bestehenden Örtlichen Landwirtschaftsbetrieb (ÖLB) in eine LPG umzubilden, was bereits seit Herbst 1957 vom Rat des Kreises und seitens der Partei angestrebt wurde. Außerdem entwendete er wiederholt Geldbeträge aus der Gemeindekasse und verbrauchte sie für seinen persönlichen Bedarf. Nachdem er seiner Funktion als Bürgermeister enthoben wurde, hetzte er fortgesetzt gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR und bedrohte Mitglieder der SED mit Gewalttätigkeiten.

Der festgenommene Vorsitzende des Rates des Kreises Anklam, Petermann, <sup>24</sup> richtete sich in seiner Tätigkeit nicht nach den Beschlüssen und Forderungen der Partei und vernachlässigte neben anderen Dingen besonders den Sektor Landwirtschaft und hier insbesondere den sozialistischen Sektor. Trotz mehrmaliger Kritik und Hinweise von den verschiedensten Stellen änderte er seine schädigende Arbeitsweise nicht, was dazu führte, dass mit seiner Tätigkeit ein ständiger Rückgang in der pflanzlichen und tierischen Produktion im bisher mit an vorderer Stelle stehenden Kreis Anklam zu verzeichnen war, der aber die privaten landwirtschaftlichen Betriebe im Wesentlichen nicht berührte. Im Einzelnen schädigte Petermann die Landwirtschaft durch folgende Methoden. Er besetzte die Abteilung Landwirtschaft mit ungenügenden und ungeeigneten Kadern. Als Abteilungsleiter setzte er einen ehemaligen Nazi und Inspektor großer Junkergüter ein, der von 1934 bis 1940 Erzieher und Heimleiter der faschistischen Landjahrorganisation<sup>25</sup> war und der die Arbeit der Abteilung Landwirtschaft völlig desorganisierte und die privaten Einzelbauern mehr als die LPG unterstützte. Auch Petermann selbst unterstützte in mehreren Fällen private Einzelbauern und Geschäftsleute, außerdem verleumdete er im Verkehr mit diesen Kreisen die Partei und das Politbüro. Er verhinderte, dass unfähige Bürgermeister in den Gemeinden abgelöst wurden und brachte selbst als moralisch und politisch unzuverlässig bekannte Personen in Funktionen bei den LPG, wo diese dann eine schädliche Arbeit durchführten. Solche negativen Personen forderte er u. a. auf, vor Gericht nicht die Wahrheit zu sagen. LPG machte er ungesetzliche Versprechungen, die er nicht einhielt und in anderen Fällen verweigerte er der MTS Hilfe, um die er gebeten wurde. Diese Aufzählungen könnten noch fortgesetzt werden. Bezeichnend ist, wie Petermann auch selbst einschätzte, dass sein schädliches Verhalten weitere negative Kräfte zur feindlichen Tätigkeit ermunterte.

Außerdem gibt es noch einige Schwächen, die ihren Ausgangspunkt ebenfalls im Staatsapparat haben. So wurden Anzeichen bekannt, dass MTS mit modernen Maschinen weit über die erforderliche Kapazität hinaus beliefert werden sollen. Zum Beispiel soll die MTS Penig Kreis Rochlitz in diesem Jahr lt. Plan modernste Großmaschinen für die Bearbeitung von 38 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche (sozialistischer Sektor) erhalten, obwohl die vom sozialistischen Sektor genutzte Fläche nur 24 % ausmacht.

Ähnlich ist es bei der Benzinzuteilung für Traktoren in Privatbesitz, die in der Regel über den Verbrauchsnormen der MTS liegt und mit der sie weitaus mehr landwirtschaftliche Nutzfläche bearbeiten können, als sie überhaupt besitzen. Ein Großbauer aus Krossen erhält z. B. für seinen Traktor von 13 PS und seine 22 ha große landwirtschaftliche Nutzfläche 1 260 Liter Benzin, was für 40 ha ausreichen würde.

Den Bestrebungen großbäuerlicher Elemente, in den Besitz von Traktoren zu gelangen, um sich von den MTS abhängig zu machen und werktätige Einzelbauern durch Ausleihung von Traktoren sowie anderen Maschinen in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen, wurde von einer Reihe Inhaber von Landmaschinen-Reparaturwerkstätten nachgekommen. Mit Unterstützung auch staatlicher Stellen, VEB, leitender Angestellter der VHZ Schrott und der Maschinen-Traktoren-Stationen und unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen führten sie durch Aufbau bzw. Wiederaufbau Hunderte von Traktoren dem kapitalistischen Sektor der Landwirtschaft zu.

In Erfurt nutzte der Reparaturwerkstattbesitzer [Name 18] seine Beziehungen zu dem Direktor der MTS Gangloffsömmern dazu aus, um über diesen in den Besitz von Traktorenwracks zu kommen, die bei verschiedenen Maschinen-Traktoren-Stationen lagerten. Unter dem Vorwand, diese für Reparaturzwecke in der MTS Gangloffsömmern zu benötigen, forderte [Name 19] diese Traktorenteile von zahlreichen MTS an und gab sie gegen Bestechungsgelder an [Name 18] weiter. Auf diese Weise erhielt dieser eine große Anzahl Traktorenwracks und Traktorenteile aus dem volkseigenen Sektor, die er zum Aufbau bzw. Wiederaufbau von Traktoren für Großbauern verwandte.

Der Reparaturwerkstattbesitzer [Name 20] aus Erfurt nahm Verbindung zu Angestellten der VHZ Schrott im Bezirk Schwerin auf, um mit deren Hilfe unrechtmäßig in den Besitz von Traktorenwracks und Traktorenteilen aus dem staatlichen Schrottaufkommen zu gelangen. Die Angestellten lieferten dann gegen Bestechung beträchtliche Mengen der in den betreffenden Niederlassungen als Schrott anfallenden Alttraktoren und Traktorenteile zum Neuaufbau von Traktoren. Außerdem entzog der Schrotterfasser [Name 21] nicht mehr einsatzfähige Lanz-Traktoren der Schrotterfassung, indem er diese sofort an [Name 20] weitervermittelte. Auf diesem Wege erhielt [Name 20] eine Anzahl von Taktorenwracks und Traktorenteile, die er nach erfolgtem Wiederaufbau ebenfalls vorwiegend an Großbauern veräußerte.

Eine erhebliche Schädigung des sozialistischen Sektors der Landwirtschaft wird auch durch die *vorsätzlichen Brandstiftungen* hervorgerufen, besonders durch die Vernichtung von Gebäuden, Vieh, Maschinen, Geräten und landwirtschaftlichen Produkten. Allein im Jahre 1958 wurden in der Landwirtschaft 183 vorsätzliche Brandstiftungen registriert, durch die ein Gesamtschaden von 3 372 333 DM entstand. Der sozialistische Sektor wurde dabei mit 106 vorsätzlichen Bränden betroffen. Als Motiv für die vorsätzlichen Brandstiftungen traten nach außen bei den ermittelten Tätern zum überwiegenden Teil Rache oder andere persönliche Beweggründe in Erscheinung. Bemerkenswert ist dabei der hohe Anteil der Brandstiftungen durch Kinder und Geisteskranke.

Neben diesen Ursachen sind eine Anzahl von Brandstiftungen auf die Tätigkeit feindlich eingestellter oder beeinflusster Personen zurückzuführen. Als Täter wurden neben großbäuerlichen Kreisen zumeist Elemente ermittelt, die im Auftrage imperialistischer Geheimdienste oder Agentenzentralen handelten bzw. von ihnen beeinflusst wurden, oder solche Personen, die aufgrund ihrer negativen Einstellung aus eigener Initiative dem sozialistischen Sektor Schaden zufügen wollten, um sich bei einer eventuellen Republikflucht daraus persönliche Vorteile zu verschaffen. Dazu einige Beispiele:

Der Großbauer [Name 22] aus dem Kreis Parchim, [Bezirk] Schwerin, war seit Jahren Agent einer Westberliner Geheimdienststelle und organisierte in Badekow, [Bezirk] Schwerin, eine Spionagegruppe und führte Bürger der DDR dem imperialistischen Geheimdienst zur Anwerbung zu. Am 14.10.1958 setzte er mehrere Getreidemieten der LPG Groß-Niendorf in Brand.

Die [Vorname Name 23], Mitglied der LPG Heidehof in Grabow, [Bezirk] Schwerin, stand mit dem amerikanischen Geheimdienst in Verbindung und steckte auf dessen Anweisung am 25.11.1958 eine Scheune der LPG »1. Mai« in Brand, wodurch 10 000 DM Schaden entstanden.

Im Bezirk Frankfurt/O. wurde ein Lehrling des Lehrkombinats der VEB Bau-Union von seinen nach Westberlin geflüchteten Verwandten aufgefordert, nach seiner Lehrausbildung die DDR zu verlassen, aber vorher der DDR einen Schaden zuzufügen, um als »politischer Flüchtling« anerkannt zu werden. Der Lehrling setzte daraufhin ein Roggenfeld der LPG Hennickendorf<sup>26</sup> und eine Rapsstrohmiete der VEAB Rehfelde<sup>27</sup> in Brand.

Der Kraftfahrer [Name 24] aus Kleinfurra<sup>28</sup> setzte am 16.11.1958 eine Scheune der LPG »Einheit« in Ruxleben in Brand, um nach seiner Republikflucht in Westberlin als »politischer Flüchtling« anerkannt zu werden.

1

Als Feindzentralen, später als Feindobjekte, wurden vom MfS westliche Institutionen und Organisationen bezeichnet, denen subversive Aktivitäten gegen die DDR und/oder andere kommunistische Staaten unterstellt wurden. Dazu zählten neben westlichen Geheimdiensten auch kirchliche Organisationen, Medien, politische Organisationen wie Parteistiftungen und Ostbüros der Bundestagsparteien, Bildungseinrichtungen und andere

2

Der Deutsche Bauernverband e. V. wurde 1948 gegründet. Er verstand sich in den 1950er-Jahren als Interessenvertretung aller, auch der ostdeutschen, Bäuerinnen und Bauern.

3

Gemeint ist das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Es wurde 1949 gegründet und 1969 im Zuge der neuen Ostpolitik der Bundesregierung in Bundesministerium für innerdeutsche Angelegenheiten umbenannt. Alle diplomatischen Kontakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR lagen formal im Zuständigkeitsbereich dieses Ministeriums, nicht des Auswärtigen Amtes. Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen war von 1957–62 Ernst Lemmer. Deshalb wurde es damals auch »Lemmer-Ministerium« genannt.

4

Der Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen (UfJ) wurde im Oktober 1946 in Westberlin gegründet und war wesentlich von aus der SBZ/DDR geflohenen Juristen geprägt. Er widmete sich vor allem der Erfassung von Unrechthandlungen und verarbeitete seine Erkenntnisse in umfangreichen Dokumentationen und in Propagandamaterialien, die teilweise wieder in den Osten eingeschleust wurden. In den frühen 1950er-Jahren wurde die Organisation überwiegend vom CIA finanziert, ihre Aktivitäten sind im Kontext der US-amerikanischen »Liberation Policy« zu sehen. Die Staatssicherheit bekämpfte den UfJ mit großem Aufwand und großer Härte, u. a. auch mit Entführungen. Vgl. Hagemann, Frank: Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949–1969. Frankfurt/M. u. a. 1994.

5

Im Original: »Friedhelm«. Peter Friedheim, Jg. 1902, Diplolandwirt, Mitbegründer des Deutschen Bauernverbandes, 1951–73 Vorsitzender des Bauernverbandes Westberlin. Friedheim stand aufgrund seiner unzähligen Kontakte zu Bauern in der DDR bis in die 1980er-Jahre unter Beobachtung des MfS. Mithilfe finanzieller Mittel aus dem Bundesministerium für Innerdeutsche Fragen unterstützte er zahlreiche Bauern in der DDR bei der Beschaffung von Ersatzteilen für landwirtschaftliche Fahrzeuge, Saatgut und Düngemitteln.

6

Im Zuge der Währungsreform im Juli 1948 auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone wurde die Reichsmark als bis dahin gültiges Zahlungsmittel durch die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank abgelöst. Bis 1964 hieß die Währung in der DDR also auch Deutsche Mark (DM). Erst 1964 wurde sie in Mark der Deutschen Notenbank (MDN) und mit Gründung der Staatsbank der DDR im Jahr 1968 in Mark der DDF (M) umbenannt.

7

»Der Bauernbrief« war eine vom Referat Landwirtschaft des UfJ herausgegebene Schrift, die von 1954 bis 1966 vierteljährlich erschien und illegal in der DDR verteilt wurden.

8

Der UfJ gab rechtspolitische Schriften, aber auch berufsgruppenspezifische und regional ausgerichtete Informationsblätter heraus, die er in der DDR illegal durch postalischen Versand oder auch mithilfe von Gasballons verbreiten ließ. Dazu gehörten auch die hier genannten Schriften. Vgl. u. a. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Berlin 1998, S. 91.

9

Otto Zimmermann, Jg. 1905, staatlich geprüfter Landwirt, 1959–68 Direktor des VEG Pritzier (1959 erfolgte der Zusammenschluss der VEG Pritzier und der VEG Schwewchow zur VEG Pritzier/Schwewchow).

10

Es handelt sich um den Ort Oberhof im Kreis Grevesmühlen (ehemaliger Bezirk Rostock).

11

Heinz Weitzel, Jg. 1898, ab 1946 Betriebsleiter der VEG Straußfurt.

12



Maria Friedrich Joseph Hubertus Michael Rupert Graf von Brühl, Jg. 1875, Rittmeister und erbliches Mitglied des preußischen Herrscherhauses, gehörte in das Adelsgeschlecht derer von Brühl, die ihren Stammsitz in Gangloffsömmern hatten und zahlreiche Güter in Thüringen und Sachsen besaßen.

13

Es handelt sich um das VEG Saatzucht Weimar-Schöndorf.

14

Gemeint ist vermutlich Louis Ferdinand Prinz von Preußen, Jg. 1907, Chef des Hauses Hohenzollern, bewirtschaftete von 1940–44 das private Gut Cadinen in Ostpreußen.

15

Es gab drei LPG-Typen: Beim Typ I wurde das Ackerland eingebracht, beim Typ II das Ackerland, die Maschinen und die Zugtiere, der Typ III war vollgenossenschaftlich, d. h., Ackerland, Maschinen, Zugtiere, das gesamte Nutzvieh, Wiesen, Weiden und Waldflächen und sonstige Güter wurden eingebracht. Beim Typ I konnten die Bauern mit ihrem Vieh weiterhin privat wirtschaften.

16

Gemeint ist der Volksaufstand in Ungarn. Er begann am 23.10.1956 mit Demonstrationen in Budapest, die sich in den folgenden Tagen auf das ganze Land ausweiteten. Bereits am Abend des 23.10. bat Parteichef Ernő Gerő die sowjetische Armee um Hilfe. Am 24.10. wurde die Forderung der Demonstranten nach der Berufung des reformorientierten Kommunisten Imre Nagy zum Ministerpräsidenten erfüllt, am 25.10. wurde Parteichef Gerő durch Janos Kádár ersetzt. Zeitgleich kam es zu Angriffen auf die Demonstranten, bei denen etwa 200 Personen getötet wurden. Vgl. dazu u. a. Varga, László: Der Fall Ungarn. Revolution, Intervention, Kádárismus. In: Engelmann, Roger; Großbölting, Thomas; Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 127–136.

17

Die Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) wurden mit Gründung der ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) im Jahr 1952 eingerichtet und stellten den LPG landwirtschaftliche Geräte zu niedrigsten Konditionen zur Verfügung. Vorgängereinrichtungen waren die 1948 gegründeten Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS), die aus dem Besitz enteigneter Großgrundbesitzer stammende Traktoren und Erntemaschinen an Klein- und Neubauern ausliehen. Die MTS waren eigenständige volkseigene Produktionsbetriebe. Ihr Maschinenpark wurde ab Anfang der 1960er-Jahre systematisch an die LPG übergeben. Sie wurden in Kreisbetriebe für Landtechnik (KfL) umbenannt und ihre Aufgaben auf Reparatur und Wartung der Maschinen beschränkt.

18

Papendorf befand sich im Bezirk Rostock.

19

Im Original: »Ahrendshagen«.

20

Hans-Joachim Claassen, Jg. 1913, 1952–58 Leiter des Handelskontors für Zucht- und Nutzvieh in Teterow, im Mai 1958 Verhaftung und Januar 1959 Verurteilung wegen angeblicher Wirtschaftsvergehen zu vier Jahren Zuchthaus, Haftentlassung im November 1960 mit dreijähriger Bewährungsfrist, Anstellung als Inventur-Hilfsarbeiter, März 1961 Flucht mit seiner Familie nach Westberlin.

21

Das 1910 von Friedrich Loeffler gegründete Institut zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche auf der zu Greifswald gehörenden Insel Riems wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zur »Forschungsanstalt für Tierseuchen Insel Riems« und ab 1951 unter die Verantwortung der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften gestellt. 1952 wurde das Institut nach seinem Gründer in »Friedrich-Loeffler-Institut« umbenannt. Das Institut betrieb Grundlagenforschung zu virusbedingten Erkrankungen bei Rindern und Schweinen. Schwerpunkte waren die Entwicklung und Produktion zahlreicher Impfstoffe, u. a. eines Impfstoffes gegen die Maul- und Klauenseuche, die Entwicklung diagnostischer Verfahren und deren Einführung in die Praxis sowie die Einrichtung einer Zellbank für die RGW-Länder. Heute rangiert das Institut unter dem Namen »Friedrich-Loeffler-Institut. Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit« und hat neben dem Standort Insel Riems noch vier weitere Dependancen.

22

Krapohl, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.

23

Mit der »Verordnung über die Bewirtschaftung freier Betriebe und Flächen und die Schaffung von Betrieben der örtlichen Landwirtschaft« (GBL I 1953, S. 983 f.) wurden Örtliche Landwirtschaftsbetriebe (ÖLB) als neue Betriebsform eingeführt, in der bisher unbewirtschaftete Flächen zusammengefasst und von der jeweiligen Gemeinde bewirtschaftet wurden. Die ÖLB stellten eine Übergangsform dar, sie sollten mittelfristig in LPG oder Volkseigene Güter (VEG) überführt bzw. bestehenden LPG und VEG angegliedert werden.

24

Robert Ernst Alfred Friedrich Petermann, Jg. 1918, 1954–59 Vorsitzender des Rates des Kreises Anklam und Abgeordneter des Kreistages, 1959 Abberufung von dieser Position durch den Kreistag Anklam.

25

Das Landjahr war ein in der Weimarer Republik zunächst unter dem Begriff »Landhilfe« als Maßnahme gegen Jugendarbeitslosigkeit eingeführtes unverbindliches Angebot für jugendliche Schulabgänger, die für mindestens sechs Monate an einzelne Landwirte vermittelt wurden. In der NS-Zeit wurde das Landjahr ab 1934 auf neun Monate ausgedehnt, für die einberufenen Schulabgänger zur Pflicht erklärt und um eine nationalpolitische Schulung ergänzt.

26

Im Original: »Heinigendorf«.

27

Im Original: »Rehefeld«.

28

Im Original: »Kleinfura«.